



PRESSEMITTEILUNG

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wissenschaftskommunikation
Dr. Eva Maria Wellnitz
Telefon: +49 621 383-71115
Telefax: +49 621 383-71127
eva.wellnitz@medma.uni-heidelberg.de

20. August 2025

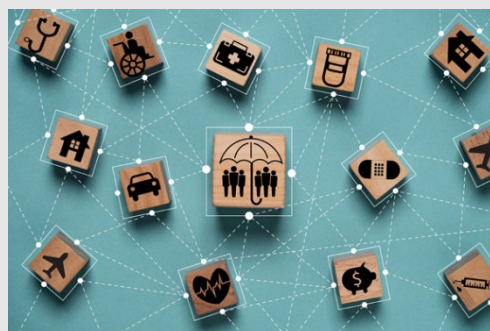
"Wohlstand für Alle" braucht "Gesundheit für Alle" – Zeit für eine Präventionswende in Deutschland

Kommentar zum Koalitionsvertrag im Fachjournal „Health Policy“ erschienen

Deutschland investiert enorme Summen in die Gesundheit seiner Bevölkerung – dennoch liegt die Lebenserwartung nur knapp unter dem europäischen Durchschnitt. Mit einer Wende hin zu einer flächendeckenden Prävention und Gesundheitsförderung könnten die Gesundheit gestärkt, Ungleichheiten reduziert und Kosten gespart werden. In einem neu erschienenen Kommentar im Fachjournal Health Policy diskutieren Forschende der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg mit Blick auf den Koalitionsvertrag die historische Chance, die sich der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung bietet.

Die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen ist deutlich belegt und die gesellschaftliche Unterstützung ist vorhanden. Das Autor:innenteam um Marike Andreas und Professor Dr. Falko Sniehotta von der Abteilung für Public Health, Sozial- und Präventivmedizin macht daher deutlich: Die aktuelle Regierung hat jetzt die Gelegenheit, zukunftsorientiert zu handeln und einen nachhaltigen Wandel anzustoßen, um Prävention in den Fokus zu rücken – strategisch, strukturell und aktionsorientiert.

Foto



© Adobe Stock

Publikation

Andreas M, Kellermann L, Lewerich L, Sniehotta FF.

New government, old habits? The opportunity for a turning point in prevention health policies in Germany is now.

Health Policy. 2025.

DOI: [10.1016/j.healthpol.2025.105409](https://doi.org/10.1016/j.healthpol.2025.105409)

Wissenschaftlicher Kontakt

Marike Andreas M. Sc.

Telefon 0621 383-71814

marike.andreas@medma.uni-heidelberg.de

Universitätsmedizin Mannheim
Medizinische Fakultät Mannheim
Theodor-Kutzer-Ufer 1-3
68167 Mannheim

Effektive Prävention ist ein Gewinn für alle

Nicht-übertragbare Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bestimmte Krebserkrankungen zählen zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland – viele davon wären vermeidbar. Risikofaktoren wie Tabak- und Alkoholkonsum, unausgewogene Ernährung oder Bewegungsmangel sind seit Langem bekannt. Dennoch fehlt es in Deutschland bislang an einer übergreifenden nationalen Präventionsstrategie, die diese Risikofaktoren mit Interventionen auf Bevölkerungsebene angeht.

Gleichzeitig nimmt die gesundheitliche Ungleichheit in Deutschland zu und zeigt sich in einer Lebenserwartungslücke zwischen wohlhabenden und sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen. “Wohlstand für Alle”, wie die Regierung es im Koalitionsvertrag verspricht, ist untrennbar mit “Gesundheit für Alle” verbunden. Nur ein grundlegender Strategiewechsel – weg von dem alleinigen Fokus auf Behandlung hin zu struktureller und flächendeckender Prävention und Gesundheitsförderung – kann dabei helfen, die gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Hierfür kann die Regierung auf wissenschaftliche Erkenntnisse und auf die Unterstützung aus der Wissenschaft zurückgreifen.

Politischer Gestaltungswille gefragt

Die neue Bundesregierung erwähnt Prävention im Koalitionsvertrag, setzt bisher – auch nach 100 Tagen im Amt – jedoch noch nicht auf konkrete, evidenzbasierte Maßnahmen. Dabei gibt es viele Interventionen, die auf Bevölkerungsebene bereits Wirksamkeit gezeigt haben und zur Reduktion von Ungleichheiten

beitragen – beispielsweise die von der WHO empfohlenen sogenannten "Quick Buys". Diese Maßnahmen zeigen bereits nach kurzer Zeit ihre Wirkung, wie etwa ein Verbot von Werbung für Alkohol. Im Kommentar plädieren die Autor:innen deshalb für einen echten Paradigmenwechsel: Statt punktueller Einzelinitiativen braucht es eine gesamtstaatliche, umfassende Präventionsstrategie, klare politische Zuständigkeiten und den Mut zu strukturellen Reformen.

„Die neue Regierung hat die Chance, Prävention zum politischen Gestaltungsfeld zu machen – für mehr Gesundheit, weniger Ungleichheit und eine nachhaltige Entlastung des Gesundheitssystems“, sagt dazu Professor Sniehotta.

Die Autor:innen empfehlen daher:

- Die Entwicklung einer nationalen Präventionsstrategie
- Die Ernennung einer/eines Bundesbeauftragten für Prävention
- Die Umsetzung von kosteneffektiven Interventionen in dieser Legislaturperiode – etwa die von der WHO empfohlenen „Quick Buys“

Fazit: Die Chance ist jetzt

Gesundheitspolitik muss und kann vorausschauend handeln und eine Präventionsstrategie als zentrales Steuerungsinstrument für die Gesundheit der Bevölkerung sowie als zentralen Hebel für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit verstehen. Nur so kann das deutsche Gesundheitssystem zukunftsfähig gestaltet werden.